

## Radfahrunlust

Zu wenige und zu schlechte Radspuren machen das Radfahren in Düsseldorf zur Qual. DIE LINKE. fordert einen zügigen Ausbau. **S.2**

## Billige Wohnungen her!

Die Stadt muss endlich wieder anfangen kommunalen Wohnungsbau zu betreiben. Das fordert DIE LINKE. in Anträgen. **S.3**

## Und weg ist die KiTa

Ohne auf das Wohl der Kinder zu achten oder auf die ablehnende Meinung der Eltern zu hören wird eine KiTa privatisiert. **S.4**

## Umverteilung

7,2 Millionen Euro die für die finanzielle Unterstützung für Kinder bestimmt waren, werden in den Haushalt umgeleitet. **S.6**

## Im Haushalt wird aufgeräumt



Foto: delater / pixelio.de

## 100 Millionen weniger Einnahmen

Für unsinnige Projekte ist Geld da

Im Juni musste der Kämmerer im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Düsseldorf bestätigen, dass statt der veranschlagten 948 Millionen Euro nur mit 840 bis 870 Millionen Euro Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu rechnen sei.

In diesem Jahr lässt sich die Lücke noch mit einer Entnahme aus der Rücklage schließen. Allerdings wird diese von 570 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 180 Millionen Euro zum Ende dieses Jahres geschrumpft sein.

Natürlich machen sich die Stadtverwaltung und die Mehrheitsfraktion im Rat von CDU/FDP Gedanken, wo gespart werden kann und soll. So könne man nach Meinung des CDU-Fraktionsvorsitzenden zum Beispiel bei der Grünpflege sparen, in dem man die Wechselbeete in den städtischen Parks nicht mehr so oft bepflanzt, denn schließlich kostet diese Bepflanzung pro Jahr fast eine Million Euro. (Was man da sparen kann!). Es wird die Schließung von Jugendzentren in Erwägung gezogen, auch die bisherige Beitragsfreiheit für die Unterbringung in Kitas von Kindern über drei Jahren wird zur Disposition gestellt. Der Kulturetat soll auf den

Prüfstand, die Personalkosten sind dort schon seit einem Jahr. Die Gebühren für die Ganztagsunterbringung von Kindern sind bereits angehoben worden, teilweise zu 100 %. Wie der CDU-Fraktionschef sagt: „Wir müssen sparen. Und dabei gibt es keine Tabuthemen.“ Keine Tabuthemen? Für die FDP kommen Steuererhöhungen nicht in Frage. Gleichzeitig darf die sogenannte „Schuldenfreiheit“ nicht angetastet werden und auch der Kö-Bogen ist tabu.

Für den Kö-Bogen sollen laut dem verabschiedeten Haushalt für 2012 in diesem Jahr über 90 Millionen Euro ausgegeben werden. In den darauffolgenden Jahren bis 2015 sollen noch einmal fast 150 Millionen Euro dazukommen.

Dass mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen ist, war seit Jahren zu erwarten. Düsseldorf befindet sich nicht auf einem anderen Planeten; irgendwann mussten die Firmen, die hier ansässig sind, aufgrund der „Krise“ geringere Gewinne melden und damit geringere Steuern.

Seit Jahren fordert DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf eine Anhebung der Gewerbesteuer. Stattdessen ist sie seit Jahren kontinuierlich gesenkt wor-

den. Wenn man nur das Niveau von 2004 nehmen würde, dann hätte die Stadt seit 2004 zusätzliche Steuern in Höhe von fast 20 Millionen Euro pro Jahr eingenommen, also insgesamt ca. 140 Millionen. Ebenso hat DIE LINKE. Ratsfraktion angeregt, PrüferInnen einzustellen, die zusammen mit dem Finanzamt Betriebsprüfungen zur Ermittlung der Gewerbesteuer vornehmen. In anderen Städten hat man die Erfahrung gemacht, dass solche PrüferInnen ca. eine Million Euro pro Jahr und Person zusätzlich einbringen.

Solche Vorschläge sind aber nicht gefragt. Lieber kürzt man Leistungen oder erhöht Gebühren.

Ende September wird der Entwurf für den städtischen Haushalt für das Jahr 2013 vorgestellt. Bis Dezember wird dieser Entwurf in den Fachausschüssen und den Bezirksvertretungen diskutiert und soll im Dezember im Rat verabschiedet werden. Auch in diesem Jahr wird sich DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf kritisch mit dem Haushaltsentwurf auseinandersetzen. Wir werden auch in diesem Jahr wieder aufzeigen, wo man sinnvoll sparen kann und wo man nicht kürzen darf.

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Ende des Jahres wird der neue Haushalt für Düsseldorf verabschiedet. Schon jetzt wird klar, dass die Stadt sparen muss, sind doch plötzlich 100.000.000 Euro weniger im Stadtsäckel. Da kommen gute Ideen, wo gespart werden kann: Kein Abriss des Tausendfüßlers, keine Untertunnelung des Kö-Bogens. Die Untertunnelung kostet nicht nur beim Buddeln und Bauen, sie kostet die DüsseldorferInnen jährlich Millionen von Euro an Folgekosten. Aber die Ratsmehrheit um den Oberbürgermeister Elbers, die Wert auf diese Projekte, auf Schickimicki, auf teure Wohnungen für Reiche legt, verzichtet nicht an dieser Stelle. Niemals! Da wird eher bei Kindern und Jugendlichen gespart. Die kosten nur Geld und ihre Familien wollen womöglich auch noch preiswerte Mietwohnungen in Düsseldorf. Sollen sie doch woanders hinziehen, wie es der Oberbürgermeister schon gesagt hat. Da liegt es geradezu auf der Hand, städtische Jugendclubs zu schließen oder an freie Träger zu übergeben.

In dieser Situation ist es wichtig, dass sich die DüsseldorferInnen vehement gegen solche Sparpläne wehren. DIE LINKE. alleine wird da nicht genug bewirken. Nur mit Druck der Betroffenen, mit Vielen zusammen besteht die Chance, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dazu rufen wir alle EinwohnerInnen von Düsseldorf auf.

Das Wichtigste in dieser Stadt sind unsere Kinder und Jugendlichen, das sollte sehr deutlich gemacht werden.

Angelika Kraft-Dlangamandla

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123  
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de  
www.linksfraktion-duesseldorf.de

## 36.743 Arbeitslose in Düsseldorf = 12,1%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Juli 2012 bei 28.030 (offizielle Arbeitslosenquote 9,1 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 36.743 um 8.713 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der heraus gerechneten Personen ist auf unserer Website unter [www.linksfraktion-duesseldorf.de](http://www.linksfraktion-duesseldorf.de) zu finden.

## Flüchtlingsunterkünfte

Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht. Nur eine verschwindend kleine Anzahl erreicht Deutschland. Aber auch hier steigen die Zahlen. So rechnet auch die Stadt Düsseldorf mit einer Zunahme von Flüchtlingen in den nächsten Jahren. Sie sollen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Diese Unterkünfte sind grundsätzlich nur als Übergangslösung zu betrachten. Um zu erfahren, was die Stadtverwaltung konkret plant, hat DIE LINKE in den Bezirksvertretungen eine Initiative gestartet. Es wird angefragt, wie viele Unterkünfte geplant sind und wie viele davon in Containern. Ebenso wird nach der Qualität der Unterkünfte und der sozialen Betreuung gefragt. Je nach Antworten werden weitere Initiativen und Anträge gestartet.

## Radfahren in Düsseldorf...

...ein Wechselbad der Gefühle von Lust und Frust

Die Stadt Düsseldorf hat es geschafft, als fahrradfreundliche Stadt zu gelten. Da muss man sich fragen, wie hat sie das hinbekommen? Die Lösung bringt ein Blick auf den Fahrradnetzplan der Stadt. Da sind Straßen im Netz eingeplant, die man nur mit viel Mut als RadfahrerIn bewältigen kann. Beispiel: Der Dillenburger Weg in Eller. Diese Straße ist 30-km-Zone. In regelmäßigen Abständen sind Halbinseln in die Straße hineingebaut, die/der RadfahrerIn umkurven muss. An einer Stelle ist die Straße durch parkende Autos so eng, dass zwei entgegengerichtete Fahrzeuge nicht aneinander vorbei kommen.

Da gerät man als RadfahrerIn schon mal zwischen die Fronten. Zusätzlich fahren die Buslinien 723 und 732 über den Dillenburger Weg und halten sich nicht immer an die vorgeschriebenen 30 km/h. Einen Radweg oder Radstreifen gibt es natürlich nicht. Nachdem der Dillenburger Weg tapfer bewältigt wurde, ändert sich das Bild, wenn sich der/die RadlerIn der Straße Klein-Eller nähert. Wie in einer Wüste eine Oase erblickt sie die leuchtend rot markierten Radüberwege, die sie sicher über die ampelgesicherte Kreuzung leiten. Das Glücksgefühl währt allerdings nur kurz. Die Markierung lenkt sie in die Anweiler Straße und nach wenigen Metern ist der Radweg wieder verschwunden.

Es gibt viele ähnliche Beispiele in Düsseldorf. Der Stresemannplatz ist mit einem gut markierten Radweg gekennzeichnet, der als Fahrradstreifen in die Karlstraße führt. Dieser endet in der mittleren Spur und der/die RadfahrerIn findet sich plötzlich ohne Radweg in der Mitte der dreispurigen Karlstraße wieder. Da heißt es aufpassen und die Angst überwinden. Radwege enden im Nichts oder hinter parkenden Autos. RadfahrerInnen werden auf viel zu schmale Gehwege verwiesen, auf denen sie durch plötzlich aus Häusern oder Geschäften kommende Personen gefährdet sind. Beispiel Reisholzer Straße.

Fazit: Das von der Stadt gepriesene Radwegenetz existiert nicht. Düsseldorf ist ein Flickenteppich von einzelnen Stellen, an denen sich Radwege befinden und vielen großen Flecken, an denen die RadfahrerInnen sich irgendwie einen Weg suchen müssen.

DIE LINKE. fordert seit langem im Verkehrsausschuss, im Rat und den Bezirksvertretungen, dass die erforderlichen Mittel zum Ausbau des Radwegenetzes zur Verfügung gestellt werden. Das ist nicht nur eine umweltgerechte Maßnahme, sondern führt auch zu mehr Sicherheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen.



der kürzeste Fahrradweg Düsseldorfs

## CO-Pipeline verhindern Einwandmöglichkeiten nutzen

Seit Ende 2009 ist die CO-Pipeline des Konzerns Bayer MaterialScience AG fertig gestellt. In der 67 Kilometer langen Röhre will Bayer hochgiftiges Kohlenmonoxid von seinem Werk in Dormagen nach Krefeld-Uerdingen pumpen. Zum Teil befindet sich die Leitung für das lebensgefährliche giftige und geruchlose Gas in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten. Ein Abschnitt führt auch über Düsseldorfer Gebiet. Aufgrund von Baumängeln und nicht genehmigten Änderungen ist die Pipeline bis heute nicht in Betrieb. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte die Genehmigung für die Kohlenmonoxid-Pipeline im Mai 2011 gekippt. Seit Frühjahr 2010 bereitet Bayer MaterialScience AG ein neues Planänderungsverfahren vor, um die Veränderungen nachträglich zu legalisieren. In allen betroffenen Gemeinden und Kommunen können die BürgerInnen vom 22. August bis 21. September die Unterlagen einsehen und bis zum 26. Oktober schriftlich dazu äußern. Auch die Gemeinden und Kommunen können sich dazu äußern. Gleichzeitig lässt die NRW-Landesregierung mögliche

technische und wirtschaftliche Alternativen zu der umstrittenen Kohlenmonoxid (CO)-Pipeline des Bayer-Konzerns durch externe Gutachter erneut prüfen. Trotz der Verpflichtung zur Auslage war auf den Internetseiten der Stadt Düsseldorf bis zum 24. August keine Unterlagen zu finden. Während umliegende Kommunen sich vehement gegen die Pipeline aussprechen, verhält sich die CDU/FDP-geführte Stadtverwaltung Düsseldorfs sehr verhalten. Die Ratsfraktion DIE LINKE. stellt deshalb zur nächsten Ratssitzung im September

einen Antrag, dass sie Einwände gegen die CO-Pipeline erhebt und BürgerInnen bei Einwänden unterstützen soll.

Die Unterlagen zur CO-Pipeline finden sich auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf: <http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de>

Mehr Informationen zum Protest gegen die Kohlenmonoxid (CO) -Leitung der Bayer AG finden Sie auf den Webseiten der örtlichen Initiativen:

Duisburg-Süd: [www.contra-pipeline.de](http://www.contra-pipeline.de)

Erkrath: [www.ig-erkath.de](http://www.ig-erkath.de)

Hilden: [www.muthilden.de](http://www.muthilden.de)



Protest vor dem NRW-Landtag im Frühjahr 2012

Foto: <http://www.contra-pipeline.de>



# Mehr kostengünstiger Wohnraum!

**DIE LINKE. fordert kommunalen Wohnungsbau**

Die Anzahl der Einwohner und Einwohnerinnen ist in Düsseldorf in der Zeit zwischen 2006 und 2011 von 581.858 auf 588.169 gestiegen. Bis zum Jahr 2020 wird eine Einwohnerzahl von über 600.000 prognostiziert.

Zwischen 2006 und 2011 sind in der Stadt 3.442 Wohnungen gebaut worden. Im gleichen Zeitraum hat sich der durchschnittliche Mietpreis für neuvermietete Wohnungen pro qm von 8,92 Euro auf 10,29 Euro erhöht.

Die Anzahl der Sozialwohnungen in Düsseldorf ist im Zeitraum zwischen 2006 und 2010 von 29.227 auf 22.580 deutlich gesunken! Bei gleichzeitiger Erhöhung des Gesamtwohnungsbestandes ist der Anteil an Sozialwohnungen von 8,9 auf 6,8 Prozent gesunken. Laut einer Hochrechnung der Stadtverwaltung ist innerhalb der nächsten 15 Jahre mit einer weiteren Reduzierung auf ca. 16.000 geförderte Wohnungen zu rechnen. Schon jetzt meldet das Wohnungsamt jedes Jahr über 4.000 Haushalte, die sich für die Vergabe einer Sozialwohnung haben registrieren lassen.

Nach Angaben der Experten wird sich der Wohnungsmarkt in Düsseldorf in den nächsten drei bis fünf Jahren nicht entspannen, sondern im Gegenteil eher weiter verschärfen. Düsseldorf gehört zu den Städten mit höchstem Mietniveau in der Bundesrepublik. Dieses wird auch so bleiben, da die Neubautätigkeit von Wohnungen erheblich hinter dem Bedarf zurückbleibt.

Leidtragende sind in erster Linie Menschen mit geringem Einkommen, die sich die hohen Mieten nicht leisten können. Allerdings sind nach Einschätzung

des Wohnungsamtes von ca. 320.000 Haushalten ca. 150.000 berechtigt, einen Wohnberechtigungsschein zu bekommen und hätten damit Anspruch auf eine Sozialwohnung. Nach Ansicht der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf müssen dringend kostengünstige Wohnungen gebaut werden.

Ein Weg ist der Bau von geförderten, sprich Sozialwohnungen. Da die Förderung allerdings Sache der Länder und nicht der Kommunen ist, kann die Stadt hier nur regulativ tätig werden, indem sie in Bebauungsplänen Flächen für geförderten Wohnungsbau ausweist. Allerdings geschieht noch nicht einmal dieses in Düsseldorf in ausreichendem Maßstab. So sollen im Neubaugebiet Grafental in Flingern bei ca. 1.000 neuen Wohnungen nur 35 als geförderter Wohnungsbau ausgewiesen werden.

Ein anderer Weg ist der kommunale Wohnungsbau. Mit ihrer Wohnungsgesellschaft SWD hat die Stadt das richtige Instrument, um kostengünstigen Wohnungsbau zu schaffen. Stattdessen verwaltet die SWD nur noch den

vorhandenen Wohnungsbestand und investiert so gut wie gar nicht in Neubau, baut im Gegenteil gleichzeitig den Bestand durch Verkauf ab. Städtische Grundstücke werden verkauft, angeblich um kostengünstigen Wohnungsbau zu ermöglichen. Dazu werden mit Hilfe von zinsgünstigen Darlehen an Investoren die Grundstückskosten auf fast 50 % reduziert. Dieses Geld und die entsprechenden Grundstücke könnte genauso gut der SWD zur Verfügung gestellt werden, damit sie auf den städtischen Grundstücken kostengünstigen Wohnungsbau ausführt.

DIE LINKE. Ratsfraktion hat in den letzten Jahren in mehreren Anträgen kommunalen Wohnungsbau in Düsseldorf gefordert. Diese Anträge sind bisher von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden. Es ist allerdings selbstverständlich, sich weiterhin für dieses Ziel - und damit für eine lebenswerte Stadt für Alle - einzusetzen.

*Mbulelo Dlangamandla, stellv. Mitglied des Ausschusses für Wohnungen und Modernisierung*



Vielleicht auch bald in Düsseldorf? Protestcamp in Madrid

Foto: © flickr/Ben Sutherland

# Ratssitzungen live erleben

**DIE LINKE Ratsfraktion fordert die Liveübertragung im Internet**

Sitzungen des Rates und der Fachausschüsse sind öffentlich. Leider wird diese Gelegenheit nicht von Vielen wahrgenommen. Bei Ratssitzungen sind selten mehr als knapp zwei Dutzend Menschen, bei Ausschusssitzungen nur eine Handvoll als Publikum anwesend.

Viele EinwohnerInnen finden nicht die Zeit, die Sitzungen persönlich im Rathaus zu verfolgen und nicht jeder Tagesordnungspunkt ist für jeden gleichermaßen interessant. Die Anzahl der Zuschauerplätze ist beschränkt und Anfahrten kosten Zeit und Geld.

Dabei gibt es seit Langem die technischen Möglichkeiten, die Sitzungen über das Internet live zu übertragen. Hierzu hat DIE LINKE. Ratsfraktion den Antrag gestellt, dieses zu realisieren. In der gleichen Sitzung haben die Grü-

nen einen ähnlichen Antrag gestellt, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, dass zunächst erst einmal geprüft werden sollte, wie ein solches Vorhaben zu realisieren ist. In der Diskussion wurden Bedenken geäußert, ob es mit dem Datenschutz zu vereinbaren ist, dass Ratsmitglieder gefilmt werden. Dabei sind sie Menschen des öffentlichen Lebens und in anderen Vertretungen wie Bundes- und Landtag sind solche Aufnahmen seit Langem gang und gäbe. Dem Grünen-Antrag haben sich die anderen Fraktionen angeschlossen.

Mittlerweile liegt eine Stellungnahme der Landesregierung und des Datenschutzbeauftragten von NRW vor. Danach gibt es rechtlich überhaupt keine Probleme einer Live-Übertragung, wenn

keine TeilnehmerIn der Übertragung einer Sitzung widerspricht. Das Gleiche gilt auch, wenn die Übertragung gespeichert und auf der städtischen Internetseite zur Verfügung gestellt wird. Dann können sich auch EinwohnerInnen die Sitzungen ansehen, die zum Zeitpunkt der Aufzeichnung arbeiten müssen oder aus anderen Gründen verhindert sind.

Deshalb wird DIE LINKE. Ratsfraktion in der nächsten Ratssitzung den Prüfauftrag erweitern, in dem sie den Antrag stellt, auch Aufzeichnungen zuzulassen und diese auf der städtischen Internetseite zum Abruf bereitzustellen. Damit sollen BürgerInnen die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von der Berichterstattung ein Bild über Entscheidungen im Rat und den Fachausschüssen machen zu können.

## Wahlrecht für alle

Seit 1992 können EU - BürgerInnen an Kommunalwahlen in Deutschland teilnehmen. Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten kommen, dürfen nicht an diesen Wahlen teilnehmen, egal wie lange sie schon hier leben. Bereits 2008 hat der Europarat eine Empfehlung an die EU-Staaten gegeben, allen MigrantInnen mit einer legalen Aufenthaltsdauer von fünf Jahren das aktive und passive Wahlrecht zumindest auf kommunaler Ebene zu erteilen. Bis heute sind dieser Aufforderung 16 EU-Staaten gefolgt. Zahlreiche Kommunen in Deutschland, darunter über 30 in NRW, haben an die Bundesregierung appelliert, die EU-Empfehlung umzusetzen. Eine Gesellschaft, die einen großen Anteil ihrer Mitglieder von der Mitwirkung bei politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratische Grundlage. Deshalb hat DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf den Antrag gestellt, die Landesregierung aufzufordern, eine Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten zu starten.

## Spitzengehälter für wenige

Seit Jahren tritt DIE LINKE. bundesweit dafür ein, Managergehälter in der Wirtschaft aber auch in Unternehmen der öffentlichen Hand zu begrenzen. Kommunale Unternehmen haben hierbei eine besondere Vorbildwirkung. Zum Einen geht es um städtische Gelder, d.h. um Steuergelder, zum zweiten sind kommunale Unternehmen und Einrichtungen dem Gemeinwohl verpflichtet.

Begründet werden die hohen Gehälter in kommunalen Unternehmen oft damit, dass man sonst keine geeigneten Manager finden würde, da man ja mit der Wirtschaft konkurrieren müsse. Das bedeutet aber auch, dass Oberbürgermeister, die nach Beamtentarif bezahlt werden, für ihre komplexen Aufgaben nicht geeignet wären.

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf hat den Antrag gestellt, dass die höchsten Gehälter in den Unternehmen und Einrichtungen, die der Stadt gehören bzw. an denen sie beteiligt ist, die höchste Stufe der Beamtenbesoldung nicht übersteigen darf. Leider ist DIE LINKE. die einzige Fraktion im Rat, die dieser Meinung ist.

## Occupy in Düsseldorf unerwünscht

Am 31. Juli ließ die Stadt Düsseldorf das Occupy-Camp durch die Polizei abreißen. Somit wurde ein monatelanger friedlicher Protest gegen Sozialabbau und die Herrschaft des Finanzkapitals mit beendet. Eine dieser Begründungen war, der Fußgängerverkehr würde durch das Camp gestört. Noch am Tag der Räumung wurde auf dem Platz eine Baustelle eingerichtet. Er steht also immer noch nicht den Fußgängern zur Verfügung. Die Ratsfraktion der LINKEN forderte die Düsseldorfer Verwaltung öffentlich auf, eine Räumung des Occupy-Camps nicht durchzuführen, und diese demokratische Form des Protestes in Düsseldorf zuzulassen. Auf der Ratssitzung Anfang Juli demonstrierten einige Occupy-Aktivisten, was sie von der Aufforderung der Räumung hielten. Sie zeigten stumm mit zugeklebten Lippen und aufgemalten Botschaften auf ihren Körpern ihren Protest von den Zuschauerplätzen aus. Erbozt ließ der Oberbürgermeister die Protestierenden vom Sicherheitsdienst entfernen. Begründet wurde es vom Oberbürgermeister, dass er befürchtete, die Occupy-Leute würden die Hosen fallen lassen..

## Kostenloses Internet

In vielen Städten der Bundesrepublik ist es bereits realisiert: Die Bereitstellung eines kostenlosen Internet-Zugangs per WLAN. Düsseldorf hat eine solche Einrichtung bisher noch nicht. DIE LINKE. Ratsfraktion hat deshalb den Antrag gestellt, die Verwaltung solle prüfen, wie ein solches Vorhaben umgesetzt werden kann. Um zu vermeiden, dass die Prüfung endlos währt, wurde gleichzeitig gefordert, dass die Ergebnisse spätestens im Januar 2013 präsentiert werden und einen Zeitplan zur Realisierung beinhalten sollen. Dabei sollte der kostenlose WLAN-Zugang zunächst in der Innenstadt und danach schrittweise in allen Stadtteilen umgesetzt werden. Die Grünen haben einen Änderungsantrag eingebracht, wonach der kostenlose Zugang zunächst nur in öffentlichen Gebäuden installiert werden solle. Um hier überhaupt einen Anfang zu machen, hat DIE LINKE. dieser anfänglichen Beschränkung zugestimmt. Aber auch mit dieser Änderung wurde der Antrag von der Ratsmehrheit abgelehnt.

# Die Stadt trennt sich von KiTa

## Keine Unterstützung für Eltern in Garath

Der Rat der Stadt Düsseldorf hat mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen beschlossen, die städtische KiTa Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße in Garath an SOS Kinderdörfer zu übertragen.

Gegen dieses Vorhaben gab es seit Monaten massiven Widerstand. Die Eltern, die Erzieherinnen und der städtische Personalrat haben in verschiedenen Sitzungen der Fachausschüsse und der Bezirksvertretung 10 sich für den Erhalt der Kita in städtischer Hand ausgesprochen. In der Bezirksvertretung wurde zugesichert, dass das Thema noch einmal diskutiert würde, da der Wechsel ja frühestens zum Frühjahr 2013 realisiert werden könne. Überraschend wurde der Trägerwechsel jedoch auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 05. Juli 2012 gesetzt.

Erstmalig konnte auch ein Vertreter des Personalrats im Rat sprechen und nutzte das, um mit Daten und Fakten für den Verbleib der KiTa in städtischer Hand zu überzeugen. Ein ernsthafter Austausch von Argumenten war aber nur der Opposition gegen die Überga-

be vorbehalten. Die vorgefaßte Meinung von CDU/FDP reichte gerade dazu aus, insbesondere DIE LINKE. in manchmal rüpelhafter und beleidigender Art und Weise zu beschimpfen. Entscheidend waren nicht das Wohl der Kinder, die Wünsche der Eltern und die Sorgen der Beschäftigten, sondern nur die angeblichen Einsparungen von jährlich 100.000 Euro.

Die Bereitschaft von SOS-Kinderdörfern, eine KiTa in Düsseldorf zu betreiben, sollte man nutzen und die Organisation auffordern, ein neu zu er-

richtende KiTa zu übernehmen. Damit würde man das Defizit an KiTa-Plätzen, das auch von der Stadt zugegeben wird, reduzieren. Stattdessen zieht sich die Stadt immer mehr aus dem Betrieb von Kindertagesstätten zurück.

Völlig fassungslos verließen Eltern und Erzieherinnen die Ratssitzung, nicht nur wegen des Ergebnisses der Abstimmung. „Wir erziehen unsere Kinder zu einem guten Umgang miteinander. Aber was wir hier erlebten, war das erschreckende Gegenteil“, so einige Eltern.



Bald in privater Hand - KiTa in Garath

# Ehrung für Völkermörder

## Strassennamen und ihre Bedeutung

Im Rheinblick Nr. 9 hatten wir begonnen, auf Düsseldorfer Straßennamen hinzuweisen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE. fordert, dass durch Umbenennung Widerstandskämpferinnen gegen den Faschismus geehrt werden. Die Änderung des Straßennamens mag für die AnwohnerInnen formal unangenehm sein, aber noch unangenehmer ist es, wenn die persönliche Anschrift an einen Mörder und Verbrecher erinnert.

### Die „Wissmannstraße“ in Unterbilk

Herrmann Wissmann wurde am 4. September 1853 in Frankfurt/Oder geboren. Mit 17 Jahren trat er in die Armee ein, machte dort schnell Karriere und wurde mit 21 Jahren bereits zum Leutnant befördert. Im Sommer 1881 ließ er sich von der Armee beurlauben und durchquerte auf einer Forschungsreise Afrika von West nach Ost. Er kehrte nach Deutschland zurück, das inzwischen zur Kolonialmacht aufgestiegen war. Im September 1888 zwang der Aufstand der unterdrückten Völker in Ostafrika zur Aufgabe fast aller ostafrikanischen Gebiete. Am 14. Dezember 1888 bekam Wissmann vom Reichstag den Auftrag in Ostafrika „geordnete Verhältnisse“ zu schaffen.

Er wurde zum Reichskommissar ernannt und bekam das Oberkommando über die ostafrikanischen Truppen. Er kündigte den Friedensvertrag mit den Aufständischen und begann „geordnete Verhältnisse“ herzustellen.

Thomas Morlang schreibt in seiner kritischen Wissmann-Biografie: „Zuerst überschüttete seine Artillerie den Gegner mit einem kurzen, aber heftigen Feuer, dann folgte ein `energisch durchgeführter Bajonettangriff`. Manche Gefechte entwickelten sich zu regelrechten Massakern. So gerieten bei der Eroberung von Pangani am 8. Juli 1889 rund 200 Aufständische in das Schnellfeuer eines Maschinengewehrs. Nach nur zwei Minuten bedeckten über 30 Tote und 50 Verwundete den Bo-

den. Eroberte Ortschaften ließ Wissmann plündern, wobei sich mehr als einmal afrikanische Söldner mit deutschen Seeleuten um die Beute stritten. Danach wurden die Dörfer in Brand gesteckt, die umliegenden Felder verwüstet. Damit gebührt Wissmann der zweifelhafte Ruhm, als erster in einem vom Deutschland geführten Kolonialkrieg die Taktik der `Verbrannten Erde` angewandt zu haben.“

Düsseldorf sollte sich an Hamburg oder Stuttgart ein Beispiel nehmen. Dort sind die Wissmann-Straßen „wegen kolonialistischer Verbrechen“ umbenannt worden. Das 1922 eingeweihte Denkmal in Hamburg wurde erst 1945 teilweise zerstört und dann 1967 von StudentInnen gestürzt.



noch steht das Denkmal

Foto: <http://sankofa-hh.de>



## Von Spanien lernen



## Ein Sommertheater der SPD

Sahra Wagenknecht, MdB DIE LINKE

Die SPD wolle es den Banken mal so richtig zeigen, sie würde zudem „viel glaubwürdiger“ als die Union für eine Bändigung des Banken- und Finanzsektors eintreten, meinte jüngst SPD-Chef Sigmar Gabriel. DIE LINKE wäre froh, wenn Gabriels Worte wahr wären, denn dann stünde sie im Kampf gegen milliardenschwere Bankenrettungsschirme, die dem Steuerzahler teuer zu stehen kommen, nicht immer alleine da. Bedauerlicherweise sind die Behauptungen des SPD-Vorsitzenden nichts anderes als ein unverbindliches Sommertheater, das in klarem Kontrast zur realen SPD-Politik steht. Die Sozialdemokratie hat bisher allen noch so aberwitzigen Bankenrettungen ihren Segen erteilt, so auch zuletzt der Bankenhilfe für Spanien und dem Euro-Rettungsschirm ESM. Die SPD-Bundestagsfraktion stimmte außerdem beinahe geschlossen und gemeinsam mit den Fraktionen von Union, FDP und Grünen für den unsäglichen Europäischen Fiskalpakt, der Demokratie und Sozialstaat zertrümmert. Es gibt also eine Parteienallianz zugunsten

der Banken, der einzig DIE LINKE nicht angehört. Denn DIE LINKE hat das Krisenmanagement der Bundesregierung, das im Kern darin besteht, die Haftung für hochspekulative Geschäfte der Finanzkonzerne dem Steuerzahler aufzubürden, stets abgelehnt.

Mit dem Fiskalpakt wird nun eine europaweite „Schuldenbremse“ auf Ewigkeit festgezurrert, die künftig kein nationales Parlament mehr infrage stellen darf. Damit sind die nächsten Sozialkutschläge in Europa und auch in Deutschland vorprogrammiert, denn den Abbau der riesigen Schuldenberge sollen den Plänen der Bundesregierung zufolge die Beschäftigten, Rentner, und Erwerbslosen bezahlen. Die Reichen, Banken und Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten, ist hingegen nicht vorgesehen.

Alle Staaten der Europäischen Union haben zusammen rund 11 Billionen Euro Schulden. Das private Geldvermögen in der EU liegt bei über 13 Billionen Euro. Liegt es da nicht nahe, das Geld dort abzuholen, wo es zuhauf vorhanden ist, statt immer wieder mit neuen

Kürzungsdiktaten zu drohen? DIE LINKE fordert deshalb eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre. Damit könnten sämtliche Sozialkürzungen verhindert und ein Teil der Einnahmen für den Abbau der Schulden verwendet werden. Eine solche Vermögensabgabe für Superreiche und eine höhere Besteuerung für Banken und Konzerne wird jedoch von Union, FDP, SPD und Grünen unisono abgelehnt.

Wenn der Fiskalpakt eingehalten werden würde, dann müssten die EU-Staaten in den nächsten Jahren über zwei Billionen Euro aus ihren Haushalten streichen. Gekürzt werden würde bei Sozialem, bei der Gesundheit, bei Bildung und bei den Renten. DIE LINKE ist keineswegs gegen die Sanierung der staatlichen Haushalte, aber die Abtragung der öffentlichen Schulden darf nicht durch Privatisierungen öffentlichen Eigentums und Sozialkürzungen erfolgen. DIE LINKE lehnt den Fiskalpakt deshalb ab und hat gegen ihn Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht.

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit es DIE LINKE gibt werfen die etablierten Parteien uns vor, wir seien nicht regierungsfähig. Seit Gründung der Bundesrepublik regieren CDU, SPD, FDP und seit 1998 die Grünen im stetigen Wechsel. Was haben diese Parteien, die sich gern selbst als regierungsfähig bezeichnen, in dieser Zeit zustande gebracht?

In der Arbeitslosenstatistik werden zur Zeit ca. 3 Mill. Menschen, die keine Arbeit haben, offiziell erfasst. Hinzu kommen ca. 2 Mill., die aus der Statistik herausmanipuliert wurden. Seit die vier Parteien regieren, hat Deutschland 2,1 Billionen Schulden angehäuft. Das bedeutet je EinwohnerIn 27.000 Euro. Mit Hartz IV, Leiharbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen, Dumpinglöhnen und Rente mit 67 sollen ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Arbeitslose die Zeche bezahlen. Der Spitzensteuersatz wurde gleichzeitig von 53 auf 43% gesenkt und die Zockerei an den Finanzmärkten freigegeben. CDU/FDP unter Merkel stehen jetzt vor den Trümmern der eigenen jahrzehntelangen Politik. Aber sie machen weiter: Die Reichen werden europaweit geschont und die Armen ausgeplündert. So wird Sozialstaat und Demokratie immer weiter zerstört. Uns wird vorgeworfen, wir seien nicht regierungsfähig. Den Nachweis der Regierungsfähigkeit hat bisher keine dieser vier Parteien erbracht. Gut regieren heißt, eine soziale und gerechte Gesellschaft aufbauen. CDU/SPD/FDP und Grüne haben bisher nur das Gegenteil erreicht. Das können wir besser!

Lutz Pfundner,  
Sprecher des Kreisverbandes  
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.  
Corneliusstr. 108  
40215 Düsseldorf

Tel: 0211 933 60 81

info@die-linke-duesseldorf.de  
www.die-linke-duesseldorf.de



# NSU-Morde

## Keine Aufklärung und Nazis marschieren weiter

Dort, wo im April 2006 der Kioskbesitzer Mehmet Kubasik in seinem Laden in Dortmund starb, sollen am 1. September 2012 Polizistinnen und Polizisten Neonazis den Weg bahnen.

Kuba ik wurde von den Nazi-Mördern des NSU umgebracht. In der offiziellen Version der Behörden gab es bei den Morden der NSU keine Kontakte zum Verfassungsschutz oder zu den lokalen Nazi-Strukturen. Während diese These jeden Tag unglaubwürdiger wird und jeden Tag neue Meldungen über verschwundene Akten des Verfassungsschutzes auftauchen, ist es für die staatlichen Behörden offenbar kein Problem, dass im September wieder ein neuer Naziaufmarsch in Dortmund stattfinden wird.

Jeden Tag erhärtet sich dabei ein ungeheuerlicher Verdacht. Es können nicht nur Schlamperei und Pannen gewesen sein, die dazu geführt haben, dass nach dem Auffliegen des NSU massenweise Akten geschreddert wurden, dass die drei Mitglieder des NSU scheinbar ohne Probleme mit Waffen und Material durch die Gegend fahren konnten und dass der Verfassungsschutz offenbar bei einigen Morden anwesend war. Die offizielle Version der NSU-Morde klingt geradezu absurd, wenn ein V-Mann des Verfassungsschutzes bei einem Attentat in Hessen zum Mordzeitpunkt im

selben Internetcafe gewesen ist, aber bei der Sendung Panorama behauptet, er habe aber nichts mitbekommen und nichts gesehen. Auch wenn es dafür keine endgültigen Beweise geben wird, ist es einfach sehr viel plausibler, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verfassungsschutzbehörden und dem NSU gab.

Es ist nicht zu ertragen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ermordet werden, die Opfer dann selber kriminalisiert und diese Morde nicht wirklich aufgeklärt werden. Noch immer wirkt es so als ob möglichst wenig an die Öffentlichkeit gelangen soll. Schon nach dem Nagelbombenanschlag in Köln besuchte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily die Keupstraße und schloss als Erstes die Möglichkeit eines neofaschistischen Anschlags aus. Heute wissen alle, dass Otto Schily falsch gelegen hat. Auch viele der Angehörigen der ermordeten

haben Ermittlern gegenüber damals schnell die Vermutung geäußert, dass Nazis hinter den Morden stecken. Doch die Polizei ging von Drogenhandel und Schutzgelderpressung aus und hat damit übliche Vorurteile gegenüber Migrantinnen und Migranten verstärkt.

Auch der Rücktritt einiger Verantwortlicher beim Verfassungsschutz hebt diesen Eindruck keinesfalls auf. Vielmehr wirken die Rücktritte wie Bauernopfer, die scheinbar notwendig sind, um der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass etwas zur Aufklärung der Verbrechen getan wird.

DIE LINKE sieht in der Bekämpfung des Neofaschismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, welche ganz konkret angegangen werden muss. Deshalb werden wir uns auch am 01. September wieder an den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dortmund beteiligen.

*Nils Böhlke, Mitglied des Kreisvorstandes*



Ausnahmsweise mal wenig Verkehr

Foto: © Alexastrov

# Neue Vorstände

## Bundes- und Landesparteitage der LINKEN haben gewählt

Die beiden regulären Delegierten Angelika Kraft-Dlangamandla und Helmut Born sowie Sahra Wagenknecht als Mitglied des Parteivorstands und des Bundestags und Nils Böhlke als Mitglied des Bundesausschuss als Delegierte mit beratender Stimme haben den Düsseldorfer Kreisverband beim Bundesparteitag in Göttingen vertreten. Dort wurden mit der Sozialpolitikerin Katja Kipping und dem Gewerkschafter Bernd Riexinger zwei neue Vorsitzende gewählt und auch die Düsseldorfer Genossin Sahra Wagenknecht wurde ebenso als stellvertretende Parteivorsitzende wiedergewählt wie Wolfgang Zimmermann als einfaches Mitglied des Parteivorstands. Hierzu gratuliert der Düsseldorfer Kreisverband herzlich.

Insgesamt ging von dem Parteitag ein nachdenkliches Signal aus. Viele Delegierte wünschten sich ein Ende des innerparteilichen Streits und wählten daher ein Personaltableau, dass eher auf Zusammenarbeit unterschiedlicher Flügel ausgerichtet ist und weniger auf Konfrontation.

Ein ähnliches Signal haben die Dele-

gierten auch auf dem Landesparteitag in Münster ausgesendet. So wurde eine deutlich pluralere Zusammensetzung des neuen Landesvorstands gewählt. Neue Sprecher sind die beiden ehemaligen Landtagsabgeordneten Gunhild Böth aus Wuppertal und Rüdiger Sagel aus Münster. Wiedergewählt wurde auch der Düsseldorfer Helmut Born, dem ebenfalls herzlich gratuliert wird. Insgesamt gab es auf dem Parteitag

eine kritische Aufarbeitung der vergangenen zwei Jahre sowie ein klares Bekenntnis zu einer stärkeren Konzentration in der kommenden politischen Arbeit. Als konkrete Projekte für die nächste Zeit wurden die Umfairteilen-Kampagne sowie ein weiterer noch zu bestimmender Schwerpunkt bestimmt, der noch auf Regionalkonferenzen diskutiert und auch beschlossen werden soll.

*Nils Böhlke*



Der neue NRW-Vorstand

## Armutsrisiko Erwerbsminderungsrente

Schlimm genug, wenn man durch Unfall oder Krankheit aus dem Berufsleben gerissen wird und physisch und psychisch angeschlagen ist, hinzu kommen noch massive Existenzängste. Zwar wurden zum 1. Juli die Renten im Westen um 2,18, im Osten um 2,26% erhöht, die Kaufkraftverluste der letzten Jahre werden dadurch aber nicht wettgemacht. Gerade bei Menschen die eine Erwerbsminderungsrente beziehen bleibt durch Zuzahlung bei Medikamenten, Praxisgebühr und steigenden Energiepreisen am Monatsende nichts übrig. Die durchschnittliche monatliche Erwerbsminderungsrente beträgt, bei Neurentnern nur ca. 600 Euro, im Jahr 2000 waren es noch ca. 706 Euro. Die Abschläge, bis zu 10,8%, machen sich zusätzlich negativ bemerkbar. Menschen die eine Notsituation durchleben werden hierdurch bestraft. Durch eine Verlängerung der Zurechnungszeit will, laut VdK, das Bundesarbeitsministerium die Erwerbsminderungsrenten erhöhen, was im Jahr 2013 vier Euro, im Jahr 2029 ca. vierzig Euro ausmachen würde. Ein Tropfen auf dem heißen Stein! Mit diesen halbherzigen „Reformen“ kann man der Altersarmut nichts entgegen setzen, hierzu wäre eine allgemeine existenzsichernde Mindestrente notwendig wie sie DIE LINKE mit 1050 Euro fordert.

*Birgit Spahr, Mitglied des Kreisvorstandes*

## Eine Mordskarriere

Am 4. September 2007 gab der deutsche Oberst Klein in Afghanistan den Befehl, eine große Gruppe von Menschen zu bombardieren, die sich um zwei steckengebliebene, von den Taliban entführte, Tanklastzüge versammelt hatten. Bedenken der amerikanischen Bomberpiloten, die den Befehl ausführen sollten, ignorierte Oberst Klein. Das Ergebnis: 147 Tote, fast alles Zivilisten. Auch Kinder waren unter den Opfern.

So trägt Oberst Klein die Verantwortung für die Ermordung dieser Menschen. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein und ein Disziplinarverfahren wurde nicht eröffnet. Stattdessen soll Oberst Klein jetzt zum General befördert werden. In Deutschland können Kriegsverbrecher wieder befördert werden.

*Lutz Pfundner*

## Asylbewerberleistungs- gesetz abschaffen!

Seit November 1993 wurden die Leistungen für Flüchtlinge nicht mehr an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst. Sie lagen mit Euro 225,00 ca. 40% unter dem HartzIV-Niveau. Am 18.07.2012 entschied das Bundesverfassungsgericht (BVerG) dass dieser Betrag ab sofort auf mindestens Euro 336,00 rückwirkend angehoben werden muss, um eine menschenwürdige Existenz zu sichern; Menschenwürde ist an keinen deutschen Pass gebunden. Wir kritisieren, dass das BVerG das Asylbewerberleistungsgesetz nicht in seiner Gänze zurückgewiesen hat. Nach wie vor werden Flüchtlinge durch dieses Gesetz diskriminiert. Weiterhin erforderlich ist die Schließung der Sammellager und Übergangsheime, die Abschaffung der Residenzpflicht, die Aufhebung des Arbeitsverbotes sowie die Schließung der Abschiebeknäste. Die Frontex Einsätze an den EU Außengrenzen müssen sofort beendet werden.

*Dietmar Liebetanz,  
Christian Jäger*

## Lohndumping brummt, Leiharbeit nimmt zu

Nach massiven Entlassungen von Leiharbeiterinnen/innen zu Beginn der Finanzkrise 2007 arbeiteten 2009 noch 531.000 Personen in Leih-Arbeitsverhältnissen, bis Mitte 2011 waren es wieder 910.000 Personen. Hiervon bezog jede/r achte ergänzende Leistungen nach SGB II (Hartz IV); bei den Vollzeitbeschäftigten insgesamt waren es im August 2010 355.000 Personen. Das heißt diese Menschen erhalten trotz Vollzeitjob weniger Lohn als die Sozialhilfe. Nur 2% der Beschäftigten in der Leiharbeit gelang innerhalb von 2 Jahren der Wiedereinstieg in eine reguläre Beschäftigung, ein Viertel der Beschäftigten war innerhalb eines 180-Tage-Zeitraums wieder arbeitslos. Für offizielle Datenerhebungen sieht die Bundesregierung, so die Antwort auf eine kleine Anfrage der LINKEN, keinen Anlass. Leiharbeit, ursprünglich für Auftragsspitzen gedacht, wird zunehmend als Lohndumping eingesetzt. Deshalb fordert DIE LINKE grundsätzlich ein Verbot der Leiharbeit. Das Mindeste wäre, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird. Quellen: [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de), 11.3.2011, 31.3.2011, verdi-

# Flüchtlingsproteste in den Städten

In der Nacht zum 29 Januar 2012 hielt Mohammad Rahsepar dem Druck nicht mehr stand und erhängte sich in seinem kleinen Zimmer in einem Würzburger Flüchtlingslager. Seine Mitbewohner fanden ihn am nächsten Tag und beschlossen, dass es kein weiteres Sterben im Verborgenen geben darf. Sie brachen aus der Isolierung des Flüchtlingswohnheims aus, schlugen ihr Camp mitten in der Innenstadt auf und traten in den Hungerstreik.

Ihre Forderungen wurden bis heute nicht erfüllt::

- Anerkennung als politische Flüchtlinge
- Drastische Verkürzung der Bearbeitungsdauer der Asylanträge
- Anspruch auf AnwältInnen und DolmetscherInnen von Beginn des Asylverfahrens
- Freie Arztwahl
- Die Möglichkeit der Familienzusammenführung
- Arbeits- und Studierlaubnisse für alle AsylbewerberInnen
- Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte
- Abschaffung der Residenzpflicht
- Abschaffung der Essenspakete
- Einführung eines Anspruchs auf professionelle Deutschkurse

Die Idee, die Heime zu verlassen und mitten in der Stadt ein Lager aufzuschlagen, griff um sich wie ein Lauffeuer: In Aub, Bamberg, Berlin, Düsseldorf, Nürnberg, Passau, Regensburg und Würzburg entstanden bis heute Camps, die ihre Proteste koordinieren.

In NRW kamen im Juli 500 Menschen zu einem No-Border-Camp zusammen, Hunderte demonstrierten wiederholt in Düsseldorf. Aktivisten besetzten das französische Konsulat, um auf den Tod mehrerer Migranten in Calais aufmerksam zu machen, und die Landesgeschäftsstelle der Grünen aus Protest gegen ihre Mitwirkung an der Abschiebepolitik. Beide Aktionen wurde nach einigen Stunden durch die Polizei beendet.

Das Düsseldorfer Polizeipräsidium versuchte, die Flüchtlinge aus dem Stadtbild zu drängen. Die Flüchtlinge mussten sich das Recht auf Schlafen in ihrem Protestzelt vor Gericht erkämpfen. Mit Unterstützung von STAY!, der KARAWANE, 'solid, der LINKEN u.v.a. geht der Protest weiter und wird mit Demonstrationen im September und Oktober schließlich nach Berlin getragen. Infos: <http://www.refugeetentaction.net>

*Dietmar Liebetanz, SprecherInnenrat der Landesarbeitsgemeinschaft Migration in der Partei DIE LINKE. NRW*

*Christian Jäger, Mitglied Integrationsausschuss der Stadt Düsseldorf*



Protestcamp von iranischen Flüchtlingen in Düsseldorf

## „Umfairteilen“ ist notwendig

Auch die Reichen müssen sich an der Gesellschaft beteiligen

Die Kampagne ist bereits jetzt ein großer Erfolg. Die Debatte über die ungleiche Reichtumsverteilung und die ungleiche Verteilung der Krisenlasten haben die politische Debatte dieses Sommers dominiert. Am 29. September werden nun in vier deutschen Städten Demonstrationen für eine Vermögenssteuer und eine Vermögensabgabe stattfinden.

Ein breites Bündnis von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen hat sich gegründet, um gegen die ungerechte Verteilung zu protestieren.

Zur Erinnerung: Die Bundesregierung hatte 1997 die Vermögenssteuer abgeschafft, obwohl das Bundesverfassungsgericht lediglich eine gleiche Besteuerung von Grundbesitz und sonstigen Vermögen gefordert hatte. Seit dem hat keine Regierung unter SPD und Grünen, in der großen Koalition oder unter Schwarz-Gelb diese wieder eingeführt.

Stattdessen sind erhebliche Steuer-mehrbelastungen auf die normale Bevölkerung zugekommen. Beispielsweise durch die Mehrwertsteuererhöhung

oder die zahlreichen Verschlechterungen bei den Sozialkassen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist nachweisbar. Derzeit stehen den etwa zwei Billionen öffentliche Schulden ein Privatvermögen von etwa 7,5 Billionen Euro gegenüber. Allein die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen über 60 Prozent davon also über 4,5 Billionen Euro. Die öffentlichen Schulden sind daher nicht das Ergebnis „überbordender sozialer Ausgaben“, sondern ergeben sich aus der immer geringer gewordenen Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen sowie großer Unternehmen. In den letzten drei Jahren haben zudem die Bankenrettungs-

pakete zu einem weiteren Anstieg der Verschuldung beigetragen, die aber in erster Linie den Anteilseignern, der großen Kreditinstitute half und nicht der großen Mehrheit der Bevölkerung. Diese muss weiterhin mit Reallohnverlusten und vergleichsweise hohen Belastungen leben.

Auch DIE LINKE in NRW beteiligt sich an diesem Bündnis und wird sich an der Demonstration am 29. September in Köln beteiligen und hat die Mobilisierung zu einem Schwerpunkt in diesem Herbst gemacht. Wir werden von Düsseldorf aus nach Köln fahren und für eine wirkliche „Umfairteilung“ kämpfen.

*Nils Böhlke*



Bundesweite Proteste am 29. September



## Rüstungsexporte verbieten!

### Der weltweite Waffenhandel Deutschlands fördert Kriege

Während die Wirtschaftskrise zu einer immer stärkeren Verschuldung der Staaten und zu wachsender Verelendung großer Teile der europäischen Bevölkerung führt, boomt und wächst der weltweite Waffenhandel. In den vergangenen fünf Jahren erhöhten sich die Rüstungsexporte um 24 Prozent teilte das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI Anfang März 2012 mit. Hinter USA und Russland liegt Deutschland mit 9 Prozent aller Exporte auf Platz 3 der Rangliste.

Mit deutschen Waffen werden weltweit Kinder, Frauen und Männer getötet. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall liefert nicht nur in die Nato-Staaten sondern in den Nahen und Mittleren Osten, nach Malaysia und Nachbarstaaten also weltweit in Krisengebiete. Jetzt sollen 270 Leopard-2-Panzer nach Saudi-Arabien geliefert werden und auch Katar hat Interesse. Saudi Arabien hat 1500 Soldaten im März dieses Jahres nach Bahrein geschickt und den "arabischen Frühling" in der Diktatur Bahrein blutig niedergeschlagen. Auch Saudi-Arabien ist eine Diktatur. Frauen werden unterdrückt und es herrscht die Scharia. Ehebrecherinnen werden immer noch gesteinigt. Warum schweigt der Westen zu diesen Verbrechen? Die Antwort ist: In Bahrein gibt es eine amerikanische Militärba-

sis und die Diktatoren in Saudi-Arabien und Bahrein stehen fest zum Westen. Es geht also nicht um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um Kapitalinteressen und um Öl. Der Leopard wird von Rheinmetall in Kooperation mit Kraus-Maffai produziert. Rheinmetall ist der zweitgrößte Waffenexporteur in Deutschland und hat sich weltweit inzwischen auf Platz 29 "verbessert". Der Jahresumsatz des Waffengeschäftes betrug im Jahr 2011 2.1 Mrd. Euro und die Dividende wurde von 1,50 auf 1,80 Euro erhöht.

Inzwischen droht Israel ganz konkret

dem Iran mit einem militärischen Anschlag, weil der Verdacht bestünde, der Iran baut an einer Atombombe. Israel selbst hat allerdings schon lange Atomwaffen. Deutschland will jetzt U-Boote an Israel liefern, deren Ausrüstung das Abschießen von Raketen mit Atomsprenköpfen ermöglicht. Dies ist weder mit Grundgesetz noch mit Kriegswaffenkontrollgesetz vereinbar. So wie im völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, steht zu befürchten, dass die deutsche Justiz auf diesem Auge weiterhin blind bleibt.

Lutz Pfundner



## Armut ist kein Naturgesetz

### Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden

Immer wieder erklären die Reichen dieser Welt, dass sie ihr Leben lang fleißig waren und mit ihrer Hände Arbeit ihren Reichtum geschaffen haben. Das kann man leicht an der Entwicklung in Deutschland überprüfen. Am 12. August um 14.00 Uhr zeigte die Reichtumsuhr ein Nettoprivatvermögen von 7.494.528.681.311,- Euro an. Das reichste Zehntel besitzt davon 63 %, also 4.735.014.647.219,- Euro. Das ärmste Zehntel besitzt nicht nur gar nichts, sondern hat 14.116.240.972,- Euro Schulden. Es sind allerdings nicht die Hände der Reichen, die diesen unvorstellbaren Reichtum geschaffen haben. Es sind Millionen Menschen, die morgens aufstehen, in die Betriebe und Verwaltungen gehen um zum Teil für Löhne, von denen sie nicht leben können, diesen Reichtum zu schaffen. SPD/Grüne haben in ihrer Regierungszeit durch die Agendapolitik nicht nur die Arbeitsbedingungen dramatisch verschlechtert sondern sie haben auch den Spitzensteuersatz und die Unternehmensteuern erheblich gesenkt. Durch Riesterreente und Rentensenkungen

wurde alten Menschen zusätzlich Geld aus der Tasche gezogen. Arbeitslose wurden in Hartz IV abgeschoben. Die niedrigen Tarifabschlüsse taten ein übriges. Dies zeigt, wie sehr Armut und Reichtum zusammenhängen. Es geht nicht darum, dass kein Geld vorhanden ist und alle dafür Opfer bringen müssen. Das versuchen die Reichen und ihre Vasallen in der Politik den Armen einzureden. Die 7,5 Billionen Privatvermögen sind auch nur die Spitze: Das US-Netz-

werk Steuergerechtigkeit hat in einer weltweit durchgeführten Untersuchung festgestellt, dass ca. 28 Billionen Euro von den Reichen und Superreichen in den Steuerparadiesen geparkt werden. Weil diese Reichtümer durch Steuerentzug nicht für die gesellschaftlichen Aufgaben aufkommen, müssen die Staaten sich immer weiter verschulden, um diese zu erfüllen.

Wir brauchen also eine wirkungsvolle Reichensteuer, eine Vermögens- und Erbschaftssteuer. Die Banken gehören an die gesellschaftliche Kette, damit sie ihre Aufgaben erfüllen und nicht weltweit die Ersparnisse der Menschen verzocken. Dies muss durchgesetzt werden, gegen SPD/CDU/FDP und Grüne. Außerhalb der Parlamente durch Widerstand auf der Straße und in den Betrieben und auch in den Parlamenten durch eine starke LINKE.

Wie schrieb Bertold Brecht richtig: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an.“

Da sagt der Arme bleich: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Lutz Pfundner



Foto: © flickr/Oberau-Online

## Neuregelung des europäischen Asylrechts verhindern

Die Innenminister der EU haben sich am 26.04. 2012 auf neue, ausgedehnte Möglichkeiten zur Inhaftierung von Flüchtlingen geeinigt. Demnach würden folgende Haftgründe in allen EU Ländern geltendes Recht. Inhaftiert werden können Menschen zur Feststellung der Identität, Beweissicherung, Prüfung des Einreiserechts sowie bei verspäteter Antragstellung auf Asyl, Gefährdung der nationalen Sicherheit und Ordnung, Gefahr des Untertauchens. Die Inhaftierung von Jugendlichen wird ausdrücklich erlaubt

Kurzum: Jeder Flüchtling könnte nach dieser Regelung, ohne dass ihm/ihr eine „Schuld“ nachgewiesen werden müsste, verhaftet werden. Dies widerspricht der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention. Nach Artikel 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darf niemand „willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden“. Nach Artikel 16 der Genfer Flüchtlingskonvention genießen Flüchtlinge hinsichtlich des Zugangs zu den Gerichten die gleichen Rechte wie ein Staatsangehöriger des Landes, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Beteiligt euch unter: <http://www.flucht-ist-kein-verbrechen.de>

Dietmar Liebetanz

Christian Jäger

## IMPRESSUM

### Rheinblick

#### Herausgeberin:

Kreisverband DIE LINKE.

Corneliusstr. 108

40215 Düsseldorf

#### Redaktion:

Nils Böhlke, Dietmar Liebetanz, Lutz Pfundner, Birgit Spahr, Wolfgang Spahr

#### Tel:

0211 933 60 81

#### email:

info@die-linke-duesseldorf.de

#### web:

www.die-linke-duesseldorf.de

#### V.i.S.d.P.:

Lutz Pfundner

#### Druck:

Berliner Zeitungsdruck

#### Auflage:

25.000



## Heine-Jury und (k)ein Ende?

In der letzten Ausgabe des Rheinblicks (No. 11, Mai/Juni 2012) hatten wir über die skandalöse Neubesetzung der Heine-Jury berichtet. Eine Änderung der Richtlinien sollte ermöglichen, dass in Zukunft auch die Fraktion der Freien Wähler in der Jury vertreten ist.

Ein Änderungsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf, die Jury nur aus den stimmberechtigten Fraktionen im Kulturausschuss zu bilden – und damit die Freien Wähler auszuschließen – wurde von CDU/FDP abgelehnt. Als Begründung wurde vorgebracht, man wolle alle Fraktionen in der Jury vertreten haben.

Zunächst benannten die Freien Wähler ihren rechtslastig vorbelasteten Geschäftsführer als Jury-Mitglied. Das war dann sogar CDU/FDP zuviel. Um ihren „guten Willen“ zu zeigen benannten die Freien Wähler daraufhin den Schauspieler und Regisseur Peter Kern. Da aber auch dieser umstritten ist, gingen CDU und FDP auf die Barrikaden.

Da die Freien Wähler jedoch auf ihrem Vorschlag beharrten, griffen CDU/FDP die Initiative der LINKEN auf und brachten wortgleich den vorher abgelehnten Änderungsantrag als ihren eigenen Antrag ein.

Dieses war allerdings nicht auf die Einsicht zurückzuführen, dass man den Freien Wählern, die in Düsseldorf zahlreiche rechte Wurzeln haben, den Zugang zu einer Heine-Jury verwehren muss, sondern ausschließlich der Tatsache zu verdanken, dass CDU/FDP der Meinung sind, sie könnten anderen Fraktionen vorschreiben, welche Personen in eine solche Jury zu entsenden sind.

Diesem undemokratischen Gebaren hat

DIE LINKE. sich widersetzt, in dem sie an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, ebenso wie die Fraktionen von SPD und Grünen. Die Abstimmung im Rat wurde zu einer Farce.

Die Medien haben weit über Düsseldorf Grenzen hinaus von dem Skandal zur Heine-Jury berichtet. Mit ihrer Provinzposse haben sich CDU/FDP nicht nur lächerlich gemacht, sondern die Jury stark beschädigt.



Heinrich HeineDenkmal in Nordenei

siepmannH / pixelio.de

## Für eine freie Kunst- und Kulturszene Gegen Eventkultur

Bambi Verleihung, Eurovision Song Contest, große Events - das sind die Kulturereignisse, die für die Stadt Düsseldorf eine wichtige Rolle spielen. Wirtschaftsförderung bei ihren Gastspielen im Ausland sollen selbst die Düsseldorfer Symphoniker betreiben. Das beschloss der Kulturausschuss mit Stimmen der CDU/FDP im März dieses Jahres. Kultur als Standortfaktor.

Diese Kommerzialisierung von Kunst und Kultur kritisierte Beat Wismer, der Leiter des Museum Kunst Palast, in seiner Rede zur Verabschiedung von Kunsthallen-Chefin Ulrike Groos: Man schmücke sich in Düsseldorf oberflächlich mit der Kunst, nutze sie als werbewirksames Marketing-Instrument, aber man lebe sie nicht, sagte er laut Rheinischer Post. Allerdings dementierte die Kunsthallen-Pressesprecherin auf Nachfrage der Stadtteilzeitung Terz. Das wäre alles nicht so gemeint gewesen und falsch wiedergegeben worden.

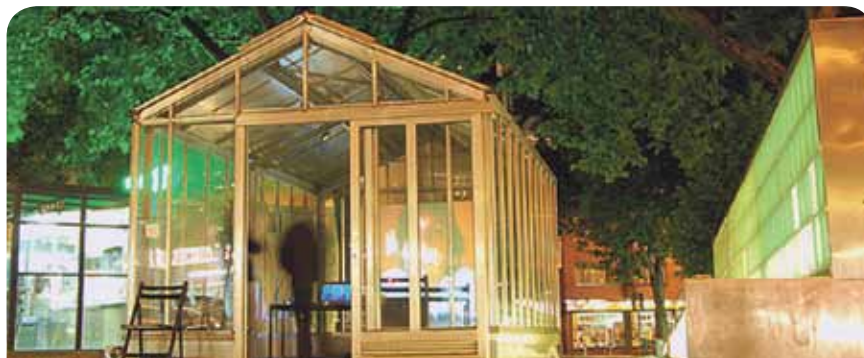
Klar ist, die freie Kunstszene hat es schwer in Düsseldorf. Die Schließung der Proberäume für Musikbands im Bunker Gather Straße ist eines der Beispiele. 80 Proberäume, in denen 160 Bands probten, sind für die ohnehin schon schwache Musikszene erstmal verloren. Die Anfrage der LINKEN. Ratsfraktion im

Kulturausschuss zur aktuellen Situation, wurde mehrere Wochen verschleppt. Bis jetzt ist unklar, wie es dort weitergeht. DIE LINKE. wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Stadt den Bunker kauft und er für MusikerInnen erhalten bleibt. Auch die freien Tanz- und Theatergruppen, die einen großen Anteil am kulturellen Leben der Stadt haben, fordern eine Erhöhung der Förderung. Auf Anregung des Beirates gründete sich eine Arbeitsgruppe von KünstlerInnen und stellte am 21.06.2012 die Ergebnisse eines Open Space-Treffens der Szene - eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse der freien Tanz- und Theaterschaffenden - im Kulturausschuss vor. Viele KünstlerInnen leben am Existenzminimum, da die finanzielle Förderung ihrer Projekte zu gering

ist. Einzusehen ist dieser Bericht auf der Internetseite [www.freiszene.de](http://www.freiszene.de) DIE LINKE. fordert schon seit Jahren im Haushalt den Förderetat zu erhöhen und wir werden das auch in diesem Jahr wieder tun.

Freie Kultur ohne Zwänge ist ein wichtiger Faktor für unsere gesellschaftliche Entwicklung und unser Zusammenleben.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der KünstlerInnen in unserer Stadt zu verbessern, Zugang zu kulturellen Veranstaltungen auch für sozial Benachteiligte, das Verhindern von Privatisierungen öffentlicher Kultureinrichtungen sind unsere Ziele. Dafür wird sich DIE LINKE. Ratsfraktion einsetzen, auch wenn die Ratsmehrheit mittlerweile, angesichts leerer Kassen, den Kulturetat generell zur Disposition stellt.



Kunst braucht mehr als ein Glashaus (am Worringer Platz)

© florian\_kuhlmann

## Bambi-Stadt Düsseldorf

Im letzten Jahr hat sich die Stadt Düsseldorf den Eurovision Song Contest einen zweistelligen Millionenbetrag kosten lassen. Mit der Finanzierung solcher Events hofft man ... ja auf was eigentlich?

Auch in diesem Jahr sollen auf Kosten der EinwohnerInnen Events stattfinden. So z. B. die Bambi-Verleihung.

DIE LINKE. Ratsfraktion hat im Mai angefragt, wie die Stadt sich kostenmäßig an der vom Burda-Verlag ausgerichteten Veranstaltung am 22. November beteiligen wird. Dazu konnte die Stadt keine Antwort geben.

Einen Tag nach der Ratssitzung wurde „aus zuverlässiger Quelle“ berichtet, dass die Bambi-Verleihung 2007 in Düsseldorf die Stadt eine 6-stellige Summe gekostet habe. Mit Berufung auf diese „Quelle“ hat DIE LINKE. bei der nächsten Ratssitzung nach den genauen Kosten aus 2007 gefragt. Auch dazu konnte die Verwaltung keine Antwort geben, da sich die Unterlagen im Archiv befinden.

Der Oberbürgermeister hat jedoch zugesichert, nach den Unterlagen zu forschen und die geforderte Antwort nachzureichen.

## Elternbefragung

Seit Jahren fordert DIE LINKE. Ratsfraktion die Errichtung einer zusätzlichen Gesamtschule in Düsseldorf. Jedes Jahr müssen ca. 300 SchülerInnen abgewiesen werden, die als weiterführende Schule eine Gesamtschule gewählt haben. Trotzdem hat die Ratsmehrheit von CDU/FDP sämtliche Anträge bisher abgelehnt. Im letzten Jahr hat die rot-grüne Landesregierung mit einer Änderung des Schulgesetzes neben den bisherigen Schulformen die Sekundarschule ins Leben gerufen. Wenn eine Elternbefragung den Bedarf an einer Sekundarschule ergibt, hat die Kommune die Verpflichtung eine einzurichten. Allerdings kann nicht nur nach dem Bedarf einer Sekundarschule gefragt werden, sondern es müssen alle Schulformen in die Befragung aufgenommen werden.

Um eine Elternbefragung zu verhindern und damit die Errichtung einer weiteren Gesamtschule, hat die CDU/FDP beschlossen, die Schule an der Lindenstraße in Flingern in Zukunft als Sekundarschule zu führen. Ohne Elternbefragung und ohne Nachweis, ob eine solche Schule in Düsseldorf von den Eltern überhaupt gewünscht wird.



## Umweltzone wird ausgeweitet

Bisher gab es in Düsseldorf eine Umweltzone innerhalb des sogenannten Lastrings, also im Innenstadtbereich. Schon gegen die Einrichtung dieser Umweltzone hatte die Stadt sich lange gewehrt. Um aber Strafzahlungen der EU abzuwehren, die Maßnahmen zur Luftverbesserung gefordert hatte, musste die Stadt aktiv werden. Bereits bei der Diskussion zur Einrichtung dieser Umweltzone 2008 hat DIE LINKE. Ratsfraktion, damals noch Linksfraktion Düsseldorf, eine erhebliche Ausweitung der Umweltzone gefordert. Dieses wurde aber von der Verwaltung und der Mehrheitsfraktion CDU/FDP abgelehnt. Die Umweltzone wurde im Februar 2009 eingerichtet. Seitdem dürfen innerhalb des Innenstadtbereichs Autos mit grüner und gelber Plakette fahren. Die regelmäßigen Luftmessungen im gesamten Stadtgebiet, die seitdem vorgenommen werden, haben aber keine nennenswerten Verbesserungen ergeben. Deshalb hat die Bezirksregierung gehandelt und das Verfahren an sich gezogen. Nach der jetzt ausgearbeiteten Planung, die auch mit der Stadt Düsseldorf abgestimmt ist, soll die Umweltzone 2013 auf fast das gesamte bewohnte Stadtgebiet ausgedehnt werden. Im Norden bis zur A 44, im Süden bis zur A 46, im Osten bis Reichswaldallee und im Westen bis Oberkassel und Heerdt. Ab 2014 können nur noch Autos mit grüner Plakette innerhalb der Umweltzone unterwegs sein. Diese Entwicklung war notwendig und seit Langem absehbar. Die Verzögerungstaktik der Stadt hat nur dazu geführt, dass über Jahre hinweg die Luft unnötig mit Stickoxiden und Feinstaub belastet wurde. Die Grenzwerte für die zum Teil krebserregenden Stoffe sind an vielen Tagen im Jahr überschritten worden. Ob allerdings die jetzt geplanten Maßnahmen eine wesentliche Verbesserung ergeben, ist abzuwarten. Neben der Ausweisung von Umweltzonen ist es notwendig, generell über die Verkehrsplanung nachzudenken. Der PKW-Verkehr muss zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs und des Ausbaus des Radwegenetzes eingeschränkt werden. Der Ausbau von vierspurigen „Ortsumgehungen“ ist abzulehnen, da diese Schnellstraßen noch mehr Verkehr in die Stadt führen. Eine ganzheitliche neue Stadtplanung, die auch die Verkehrsplanung mit einbezieht, ist notwendig.

## Kinder sanieren den Haushalt

### Stadt informiert nicht genügend über finanzielle Hilfen

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales im Juni berichtete die Verwaltung, dass für das Jahr 2011 rund 7,2 Millionen Euro aus den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) nicht abgerufen wurden. Dieses Geld fließt letztendlich in den Gesamthaushalt der Stadt Düsseldorf.

Das Paket wird vom Bund finanziert und den Kommunen zur Verfügung gestellt, die damit die Leistungen bezahlen, für die Anträge gestellt wurden. Aus den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets werden für Kinder aus einkommensschwachen Familien auf Antrag Kosten z.B. für Schulesen, Nachhilfeunterricht oder Beiträge für Sportvereine bezahlt.

Das Paket ist ein bürokratisches Monster, das eher abschreckt als zur Nutzung einlädt. Bekanntlich werden die Mittel von vielen Familien aufgrund zu hoher bürokratischer Hürden nicht eingefordert. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband stellt in seinem aktuellen Aufruf „Kinder verdienen mehr“ dazu fest: „Die so genannten Bildungs- und Teilhabeleistungen kommen bei den allermeisten Kindern und Jugendlichen nicht an. Nur rund ein Fünftel der verfügbaren Gelder wurde bislang für die Familien abgerufen. Bürokratische Hür-

den und fehlende Informationen halten viele Familien von der Antragsstellung ab. Die Leistungen müssen in der Regel einzeln für jedes Kind und an unterschiedlicher Stelle beantragt werden. Komplizierte Wege zur Umsetzung der Leistungen zwischen den zuständigen Behörden und vor Ort tätigen Organisationen machen es schwer, die Leistungen tatsächlich zu nutzen.“

Die Gelder werden zunächst zweckgebunden von Bund zur Verfügung gestellt. Die im laufenden Jahr nicht abgerufenen Gelder können im Folgejahr in den Gesamthaushalt einer Kommune überführt

werden. Nicht abgerufene Gelder führen allerdings auch zu einer Reduzierung des Topfes, der der Kommune im Folgejahr zur Verfügung steht.

Die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets stehen Kindern aus einkommensschwachen Familien zu und sind nicht dazu gedacht, den städtischen Haushalt zu sanieren. Daher sollte auch das nicht abgerufene Geld den Anspruchsberechtigten zur Verfügung stehen. Dazu hat DIE LINKE. Ratsfraktion einen Antrag gestellt, dass diese Mittel in gleichen Teilen an alle Anspruchsberechtigten ausgezahlt werden.



Ohne Hilfen, weniger Chancen auf Bildung

© © piqs/Rolands Lakis

## Endlich mehr Geld

### AsylbewerberInnen sind keine Menschen zweiter Klasse

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat Mitte Juli ein Urteil gefällt, indem das seit 1993 bestehende Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) als menschenunwürdig eingestuft wurde. Nach dem Urteil dürfen Asylbewerbende nicht mehr 40 % weniger Leistungen erhalten wie HartzIV-Beziehende, so wie es jetzt der Fall ist. Das Gericht verpflichtete den Gesetzgeber zu einer Neuregelung und betonte dabei, dass die bis jetzt gezahlten Leistungen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen. „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“, so das BVG.

Angelika Kraft-Dlangamandla, Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE: „Wir freuen uns über dieses Urteil, das endlich dem Gesetzgeber klar macht, dass das seit 1993 unveränderte Asylbewerberleistungsgesetz den Flüchtlingen ein unwürdiges Leben in absoluter Armut vorschreibt. DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf beantragte bereits im Juli letzten Jahres, der Rat möge an den Bundestag appellieren, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, da die Leistungen dieses Gesetzes keine menschenwürdige Existenz gewährleisten.“

Diese Ansicht wurde jetzt durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Der damalige Antrag wurde von den Düsseldorfer Fraktionen SPD, CDU und FDP abgelehnt. Nach der jetzt erfolgten gerichtlichen Feststellung der Verfassungswidrigkeit fragen wir die Stadt Düsseldorf, wie sie gedenkt mit dem Urteil umzugehen und fordern des Weiteren eine umgehende Umsetzung des Urteils in Düsseldorf und eine unverzügliche Nachzahlung der vorenthaltenden Leistungen.“

DIE LINKE. fordert weiterhin, dass das diskriminierende AsylbLG abgeschafft wird. Die derzeitige Praxis von Lebensmittelpaketen sowie anderen Sachleistungen sind menschenunwürdig. Asylbewerbende müssen Geldbeiträge bekommen, sie müssen selbst entscheiden können, was sie essen! Das unwürdige Leben in Sammellagern, zu dem Asylbewerbende gezwungen werden, muss unverzüglich enden. Flüchtlinge sind keine Menschen zweiter Klasse!



Proteste von iranischen Flüchtlingen in Düsseldorf



## Hartz IV Unterkunftskosten

### Bundessozialgericht beendet rechtswidrige Praxis des Jobcenters

Die Unterkunftskosten von Hartz IV-Beziehenden werden vom Jobcenter in der Regel nur in vollem Umfang übernommen, wenn die Wohnung als „angemessen“ gilt. Bei der „Angemessenheit“ handelt es sich aber um einen unbestimmten Rechtsbegriff.

Die Mietobergrenze ergibt sich aus dem Produkt der personenabhängigen Wohnfläche in qm und der Bruttokaltmiete pro qm. Der anzusetzende Quadratmeterpreis orientiert sich an den örtlichen Gegebenheiten und ist in Düsseldorf aufgrund einer Erhebung im Frühjahr 2009 festgelegt worden. Er beträgt zurzeit immer noch 7,70 Euro inklusive Nebenkosten (aber ohne Heizkosten) bei Neuanmietung.

Die anzusetzende Quadratmeterzahl lag in NRW, analog zum Wohnberechtigungsschein, bis Ende 2009 bei 45 m<sup>2</sup> für eine Einzel-Person. Da Anfang 2010 die Wohnungsgrößen für den Wohnberechtigungsschein um fünf Quadratmeter auf 50 m<sup>2</sup> angehoben wurden, hat sich die Frage ergeben, ob diese Erhöhung auch für die angemessene Quadratmeterzahl bei Hartz IV gilt. Dies wurde durch zwei Arbeitshilfen des Sozialministeriums NRW verneint.

Verschiedene Gerichtsurteile bestätigten jedoch die Auffassung, dass für die Wohnungen von Hartz IV-Beziehenden ebenfalls eine Wohnungsgröße von 50 m<sup>2</sup> anzusetzen sei. So verkündete beispielsweise das Justizministerium NRW per Pressemitteilung: „Alleinstehende Bezieher von Hartz IV-Leistungen haben in Nordrhein-Westfalen ab 1.1.2010 Anspruch auf 50 Quadratmeter (qm) Wohnfläche. Das hat jetzt das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (LSG NRW) in einem aktuellen Urteil entschieden (Urteil vom 16.5.2011 – L 19 AS 2202/10).“

Dennoch sah sich die Rot-Grüne Landesregierung nicht veranlasst, das Urteil umzusetzen und eine neue Arbeitshilfe herauszugeben. Das Düsseldorfer Jobcenter zog die strittigen Arbeitshilfen ebenfalls der Rechtsprechung vor. Auf Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE, warum diese trotz anderslautender Urteile Grundlage der Berechnungen sind, wurde lapidar geantwortet: „Es ist nicht ersichtlich, dass in Düsseldorf örtliche Besonderheiten vorliegen, die eine Abweichung rechtfertigen.“

Am 16.5.2012 hat höchstinstanzlich auch das Bundessozialgericht entschieden, dass in NRW alleinstehenden Hartz IV-Beziehenden 50 m<sup>2</sup> Wohnfläche zustehen (B 4 AS 109/11 R). So heißt es in diesem Urteil, welches sich auf oben genanntes Urteil des Landes-

sozialgerichts bezieht: „Das LSG ist zu Recht davon ausgegangen, dass als angemessene Wohnungsgröße für einen Ein-Personen-Haushalt eine Wohnfläche von 50 qm zu berücksichtigen ist.“

Durch dieses Urteil muss nun auch das Düsseldorfer Jobcenter Hartz IV-Beziehenden erlauben, in Wohnungen zu wohnen, die ihnen nach dem Gesetz zustehen. Konkret erhöht sich nach dem Urteil in Düsseldorf der Richtwert für eine Wohnung um 38 Euro, von 347 Euro (45 m<sup>2</sup> x 7,70 Euro) auf 385 Euro (50 m<sup>2</sup> x 7,70 Euro).

Aber auch der angesetzte m<sup>2</sup>-Preis von 7,70 Euro ist unangemessen und muss überprüft werden, denn die Erhebung, die zu dieser Festlegung geführt hat, ist mehr als drei Jahre alt.



Paläste für Alle!

©©Piqs/Wolfgang Staudt

## Widerspruch einlegen

### gegen Hartz IV-Bescheide

Gegen eine Entscheidung des Jobcenters kann Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch bewirkt, dass die Entscheidung durch das Jobcenter nochmals überprüft wird. Wird dem Widerspruch nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, besteht die Möglichkeit, gegen diese Entscheidung zu klagen und so die Ausgangsentscheidung durch ein Gericht überprüfen zu lassen.

Bundesweit setzen sich Hartz IV-Beziehende sehr erfolgreich gegen fehlerhafte und rechtswidrige Entscheidungen der Jobcenter zur Wehr. Wie sich die Situation in Düsseldorf darstellt, erfragt DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf je-

des Jahr im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Zum einen wird die Zahl der Widersprüche und Klagen des Vorjahres erfragt, zum anderen, wie viele davon erfolgreich gewesen sind.

Für die letzten beiden Jahre stellt sich die Situation in Düsseldorf wie folgt dar: Im Jahr 2010 haben 8.057 Hartz IV-Beziehende von der Möglichkeit des Widerspruchs Gebrauch gemacht. Ganz oder teilweise stattgegeben wurden in diesem Jahr 3.303 Widersprüche. Bei nicht stattgegebenen Widersprüchen klagten 805 Betroffene, 37 Klagen wurde stattgegeben und in 222 Fällen kam es zu einem Vergleich. Im Jahr 2011 wurden 6.431 Widersprüche

gegen Entscheidungen des Jobcenters eingelegt. In 2.549 Fällen wurde dem Widerspruch ganz oder teilweise stattgegeben. Bei nicht stattgegebenen Widersprüchen klagten 700 Betroffene, in 14 Fällen wurde durch Beschluss des Gerichts den Klagen stattgegeben und in 254 Fällen kam es zu einem Vergleich bzw. zu einer sonstigen Erledigung.

Es zeigt sich, auch im Düsseldorfer Jobcenter wird eine hohe Anzahl fehlerhafter und rechtswidriger Entscheidungen getroffen, vor allem Widersprüche haben hohe Erfolgsaussichten. Somit ist es oftmals lohnend, sich gegen Entscheidungen des Jobcenters zu wehren.

## Psychische Erkrankungen nehmen zu

Immer mehr Menschen leiden unter psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz. Laut dem Gesundheitsbericht 2012 der Deutschen Angestelltenkrankenkasse (DAK) stehen psychische Erkrankungen an vierter Stelle der Krankheitsarten. Innerhalb der vergangenen 25 Jahre hat sich die Zahl derer, die wegen psychischen Störungen arbeitsunfähig werden, vervierfacht. Der wichtigste Grund für diese Steigerung ist die drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Flexibilisierung der Arbeitszeiten, massiver Stellenabbau und der Ausbau von prekären Arbeitsverhältnissen wie der Leiharbeit sowie allgemein verstärkter Druck auf ArbeitnehmerInnen, führt zu Arbeitsplatzängsten. Angst vor dem sozialen Abstieg sind Ursachen für die allgemeine Steigerung der Krankheitsrate und hier insbesondere für psychische Erkrankungen (Expertenkommission „Zukunft der Betrieblichen Gesundheitspolitik“). Für die Beschäftigten in der Verwaltung der Stadt Düsseldorf, den Eigenbetrieben und Eigengesellschaften der Stadt treffen die oben genannten Aspekte teilweise, für einige auch ganz zu. Deshalb stellte die Ratsfraktion DIE LINKE. im Personal- und Organisationsausschuss eine Anfrage (die noch nicht beantwortet wurde), wie die Verwaltung und städtischen Betriebe damit umgehen und welche Präventionsmaßnahmen ergriffen werden.

## IMPRESSUM

### Rheinblick

#### Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.  
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

#### Redaktion:

Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe, Michael Driever, Ben Klar

#### Tel:

0211 89 95 123

#### Fax:

0211 89 29 588

#### email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

#### web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

#### V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbo

#### Druck:

Berliner Zeitungsdruck

#### Auflage:

25.000



## Städtische Bildungsberatung

Seit 1974 gibt es in Düsseldorf eine kommunale Bildungsberatungsstelle, deren Aufgabe es ist, BürgerInnen bei der Planung ihres persönlichen Bildungsweges zu unterstützen. Das Beratungsangebot erstreckt sich auf die Bereiche Schule, Hochschule, allgemeine und berufliche Weiterbildung. Daneben ist die Bildungsberatung eine Beratungsstelle für das Bildungsscheck und das Bildungsprämienverfahren. Das Sekretariat der Bildungsberatung ist aktuell mit einer 0,75 Stelle besetzt. Für die Beratung selbst waren bis Februar 2010 1,5 Stellen vorgesehen. Danach wurden die Stellen um zwei Drittel, auf nur noch eine halbe Stelle gekürzt. Aufgrund dieser Kürzung kann nur noch „angestrebt“ werden, bei Förderberatungen eine Wartezeit von vier Wochen nicht zu überschreiten. Im Jahr 2008 gab es noch 2.035 persönliche und 3.868 telefonische Beratungen. Im Jahr 2011 waren diese Zahlen auf 602 persönliche und 1.556 telefonische Beratungen zurückgegangen.

Da offensichtlich ein Zusammenhang zwischen der Zahl der Beratungen und der Zahl der Beschäftigten besteht, beantragte DIE LINKE. Ratsfraktion im Schulausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, darzustellen mit welchen Mitteln eine Erhöhung der Beratungen zu erreichen sei. Die offensichtlichen Zusammenhänge wollten die anderen Fraktionen nicht erkennen und so wurde die Verwaltung beauftragt, zunächst einmal darzustellen, wie viele Beratungen insgesamt, also auch von nicht städtischen Einrichtungen, in Düsseldorf getätigt werden.

## Das Ende des Tausendfüßler Aushub eines Millionen-Grabes

Es ist amtlich: Der Tausendfüßler wird abgerissen. Der Abriss wurde mittlerweile öffentlich ausgeschrieben und soll im Frühjahr 2013 erfolgen.

Die Hochstraße in Düsseldorfs Stadtmitte hat es gerade geschafft 50 Jahre alt zu werden. Sie ist Ausdruck der Philosophie der autogerechten Stadt, die in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts ihre Hochblüte hatte. Viele solcher Straßen in verschiedenen Städten der Welt wurden damals gebaut. Meistenteils allerdings als vielspurige Autobahnen mitten durch die Stadt. In seiner Ausführung ist der Tausendfüßler fast einmalig und wurde deshalb unter Denkmalschutz gestellt. Wer allerdings glaubt, der Abriss der Straße wäre Ausdruck einer veränderten Verkehrsphilosophie, irrt. Als Ersatz für die Hochstraße werden der Neubau des Kö-Bogens und die Schadowstraße untertunnelt. Diese mehrspurigen Tunnel können weit mehr Verkehr aufnehmen als die bisherige Straßenführung und werden dafür sorgen, dass mehr Autos in die Innenstadt geleitet werden.

Der Abriss ist im Zusammenhang mit dem Bau des Kö-Bogens zu sehen. Gegen diesen Neubau und den Abriss des Tausendfüßlers hatten sich Bürgerinitiativen gebildet, die in vielen fachlichen Beiträgen nachgewiesen haben, dass der Kö-Bogen, der Abriss des Tausendfüßlers und die Untertunnelungen überflüssig und stadtplanerisch ungeeignet sind. In verschiedenen Umfragen und Abstimmungen zeigte es sich, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen beide Projekte ist.

Das hat aber die Ratsmehrheit von CDU/FDP nicht daran gehindert, die Projekte durchzudrücken, auch nicht der bestehende Denkmalschutz. Letzten Endes hat der NRW-Bauminister wegen



Idylle am Tausendfüßler

des Denkmalschutzes über den Abriss entschieden. Ausschlaggebend war der bauliche Zustand. Die Hochstraße hätte mit soviel Aufwand saniert werden müssen, dass ihre ursprüngliche Bauweise verändert würde und damit wäre der Denkmalschutz aufgehoben.

Die Stadtverwaltung musste allerdings schon Monate vorher auf Anfrage der LINKEN zugeben, dass über Jahre hinweg kaum Mittel für die Instandhaltung aufgebracht worden waren, was den jetzigen Zustand erst herbeigeführt hat.

Man kann zu dem Tausendfüßler stehen wie man will, ob positiv oder negativ: Fakt ist jedoch, dass das Projekt Kö-Bogen insgesamt die Stadt nach heutigen Erkenntnissen mehr als 350 Millionen Euro kosten wird. Für den ersten Bauabschnitt des Kö-Bogens waren 2007 Kosten von 143 Millionen

Euro angegeben worden. Hier liegen die Kosten mittlerweile bei über 200 Millionen Euro. Bei dieser Kostenerhöhung, die bei öffentlichen Bauten in Düsseldorf gang und gäbe ist, kann man getrost am Ende von ca. 400 Millionen Herstellkosten ausgehen, die die Stadt aufwenden muss. Nicht eingerechnet die Folgekosten, die von der Stadt selbst mit ca. 17 Millionen Euro pro Jahr angegeben werden.

Mittlerweile fehlen auch der „reichen“ Stadt Düsseldorf Gelder in dreistelliger Millionen-Höhe, die mittels Einsparungen in allen Bereichen hereingeholt werden sollen. Nur bei diesem Bauvorhaben heißt es weiterhin: Nicht kleckern, sondern klotzen. Denn es geht nicht um verantwortungsvolles Umgehen mit öffentlichen Geldern, sondern darum, dass sich Einige im Beton vereinen möchten.

## Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

[info@linksfraktion-duesseldorf.de](mailto:info@linksfraktion-duesseldorf.de)

oder herunterladen unter:  
[linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick](http://linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick)

# Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein